



Dringlichkeitsantrag

der Fraktion der FDP

Gefahren durch religiös motivierte Gewalt abwenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt den jüngsten islamistisch motivierten Anschlag auf Zugreisende in Würzburg aufs Schärfste. Zugleich spricht der Landtag den Opfern dieses grausamen Verbrechens sowie ihren Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus.

Der Landtag spricht allen Bürgerinnen und Bürgern, die wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, Nationalität, politischer Überzeugung, sexueller Identität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe durch islamistisch motivierte Gewalt verletzt oder bedroht wurden oder sind, seine volle Unterstützung und Solidarität aus.

Der Landtag stellt fest, dass die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden dafür gewappnet sein müssen, dass die Terrororganisation „Islamischer Staat“ alle Möglichkeiten nutzt, um Terrorismus und religiös motivierte Gewalt auch nach Deutschland zu tragen. Vor diesem Hintergrund müssen alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, um die Menschen in Deutschland vor diesen Gefahren bestmöglich zu schützen.

Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf,

- unverzüglich im Rahmen einer Aufgabenkritik zu prüfen, ob Polizei und Verfassungsschutz ausreichend Mittel zum Schutz von Bürgerinnen und Bürgern sowie bedrohten Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden und die perso-

nelle und sachliche Ausstattung von Polizei und Verfassungsschutz entsprechend anzupassen,

- alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um wirksam gegen Rekrutierung und Radikalisierung von neuen Anhängern, insbesondere auch unter Flüchtlingen, vorzugehen
- weitere Anstrengungen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des gewaltbereiten Islamismus zu unternehmen und
- Maßnahmen zu entwickeln, mit denen es gelingt, radikalisierte Personen identifizieren zu können.

Wolfgang Kubicki
und Fraktion